

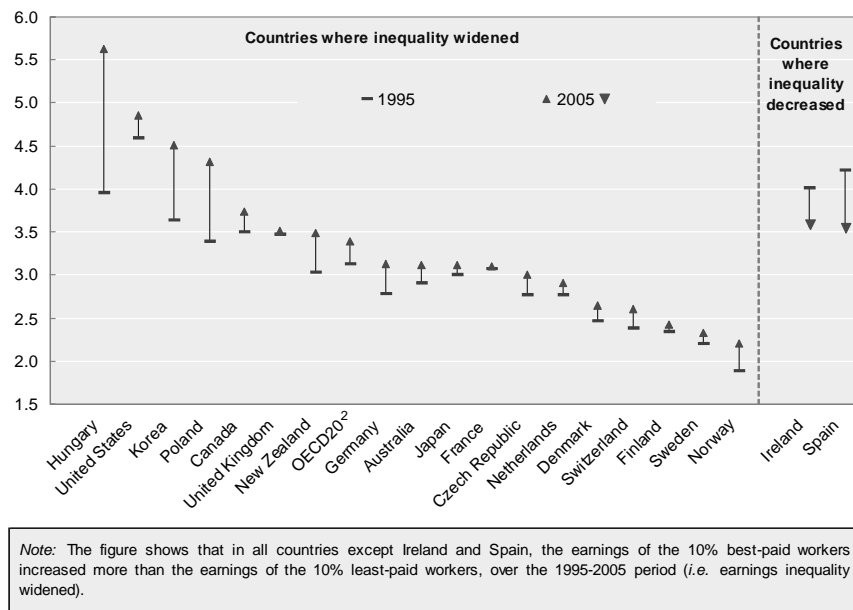
OECD Beschäftigungsausblick 2007 – die Situation in Österreich im Vergleich

Österreich hat in den vergangenen Jahren einige innovative Reformen in der Beschäftigungspolitik auf den Weg gebracht, sollte aber wie die meisten andern OECD-Länder **Arbeitnehmer stärker und effektiver dabei unterstützen, die Herausforderungen der neuen globalen Ökonomie zu meistern**. Beschäftigungspolitik, soziale Sicherung und Arbeitsrecht sollten so ausgerichtet sein, dass sie Arbeitnehmer bei einem notwendigen Arbeitsplatzwechsel unterstützen statt sie in Branchen und Arbeitsplätzen ohne Zukunft zu halten. Gleichzeitig sollten Arbeitseinkommen bei der Finanzierung der sozialen Sicherung entlastet werden, um relative Einkommensverluste auszugleichen und die Anreize für mehr Beschäftigung zu erhöhen. Dies geht aus der diesjährigen Ausgabe des OECD-Beschäftigungsausblicks hervor, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 19. Juni in Paris veröffentlicht hat.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass technischer Wandel und Globalisierung vor allem die Verhandlungsmacht von weniger qualifizierten Arbeitnehmern in den OECD-Ländern verringert haben. Arbeitsplatzverlagerung oder die Drohung damit haben das Risiko von Arbeitslosigkeit erhöht und die Lohnentwicklung gedämpft. **In der überwiegenden Zahl der OECD-Länder haben sich die Einkommensunterschiede erhöht und der Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung ist zurückgegangen** (siehe Grafikdatei „Einkommensgefälle 1995-2005 – für Österreich liegen keine Werte vor).

Das Einkommensgefälle hat sich in den meisten Ländern erhöht

Verhältnis zwischen den obersten und den untersten zehn Prozent der Arbeitseinkommen¹



1. Arbeitnehmer, die Vollzeit das ganze Jahr über beschäftigt sind. Die Daten sind für die einzelnen Länder über die Zeit konsistent aber bezogen auf das absolute Niveau nicht vollständig vergleichbar. Ursache sind unterschiedliche Berichtszyklen und Variationen in der Einbeziehung der Arbeitnehmer.
2. Ungewichtetes Mittel der in Grafik dargestellten Länder.

Source: OECD database on Earnings Distribution.

In Österreich war der Rückgang der Lohnquote besonders stark. Allein zwischen 1995 und 2005 ist sie von 66,2 auf 60,0 Prozent gefallen und damit mehr als doppelt so schnell wie in 20 OECD-Ländern für

die Daten verfügbar sind (siehe Grafikdatei „Lohnquote“). Auch der Anteil kurzzeitig Beschäftigter (Verweildauer kürzer als ein Jahr) ist in Österreich im gleichen Zeitraum vergleichsweise schnell von elf Prozent auf über 15 Prozent gestiegen. Stabil - bei knapp zehn Jahren - war dagegen die durchschnittliche Verweildauer im Beschäftigungsverhältnis.

Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt in Österreich, 1970-2005



a) Total labour compensation, including employers' social security and pension contributions and imputed labour income for self-employed persons.

b) GDP weighted average of the following countries: Australia, Austria, Belgium, Canada, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Iceland, Ireland, Italy, Japan, Korea, the Netherlands, Norway, Portugal, Spain, Sweden, Switzerland, the United Kingdom and the United States.

Source: OECD Employment Outlook 2007.

Weiterhin empfiehlt die Studie Ländern mit hohen Sozialbeiträgen wie Österreich, Deutschland oder Belgien, die Finanzierung der sozialen Sicherung auf eine breitere Basis zu stellen. Vor allem bei der Kranken- und Pflegeversicherung, wo die geleisteten Beiträge nicht den Umfang der Leistungen bestimmen, könnte eine Steuerfinanzierung zu einer Entlastung der Arbeitseinkommen führen. Zur Gegenfinanzierung eignen sich nach Ansicht der Autoren die Mehrwert- oder die Einkommenssteuer.

Gleichzeitig empfiehlt die Studie, den Wechsel in neue Arbeitsplätze zu erleichtern ohne den Arbeitnehmern die soziale Sicherheit zu nehmen. Das so genannte Flexicurity-Modell sei dafür eine erfolgreiche Strategie. Als erfolgreiche Maßnahme nennen die Autoren die in Österreich von Arbeitgebern regelmäßig geleisteten Beiträge auf ein individuelles Konto eines jeden Arbeitnehmers. Bei Arbeitsplatzverlust können diese Mittel statt einer Abfertigung genutzt oder auf das neue Arbeitsverhältnis übertragen werden. Muss der Arbeitnehmer die Mittel während seiner Erwerbszeit nicht in Anspruch nehmen, dienen sie nach der Pensionierung als Zusatzrente.

Darüber hinaus sollte nach der Studie die Unterstützung für Arbeitslose stärker daraufhin überprüft werden, in wie weit sie beschäftigungsfreundlich wirkt. Dies kann durch angemessene Zahlungen in Kombination mit Maßnahmen zur „Aktivierung“ von Arbeitnehmern erfolgen, so dass diese eigenständig eine Folgebeschäftigung suchen. Diesem Zweck dienen vor allem eine höhere Betreuungsquote, die Aufstellung und kontinuierliche Überprüfung von Eingliederungsvereinbarungen und eine regelmäßige Überprüfung der Verfügbarkeit, verbunden mit moderaten Sanktionsmassnahmen. Erfahrungen in den nordischen Ländern und in Australien zeigen, dass solche Politiken, wenn sie gut gestaltet sind, die Beschäftigungsperspektiven von Arbeitslosen deutlich erhöhen. Österreich schneidet bei den meisten untersuchten „Aktivierungsindikatoren“ relativ gut ab.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Raymond Torres (Tel. 00 33 (1) 45 24 91 53, raymond.torres@oecd.org) oder an Peter Tergeist (Tel. 00 33 (1) 45 24 92 57, peter.tergeist@oecd.org) vom OECD Direktorat für Beschäftigung, Arbeit und Soziales.